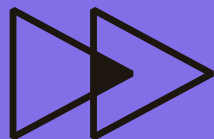


# WAHLSYNOPSE

zur Bundestagswahl 2021  
Politik fürs Hier und **JETZT!**



PRESS  
**START**



## Impressum

V. i. S. d. P.  
Manuela Conte, DGB-Bundesjugendsekretärin

**Herausgeber**  
DGB-Bundesvorstand  
Abteilung Jugend und Jugendpolitik  
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin

**Konzept und Text**  
DGB-Bundesvorstand in Zusammenarbeit mit Wigwam eG

**Gestaltung**  
Wigwam eG

Quelle Coverbild: since1969 / tumblr.com / giphy.com

## Es geht um unser **JETZT!**

Am 26. September findet die Wahl zum Deutschen Bundestag statt und es werden die politischen Weichen für die nächsten vier Jahre gestellt. Zeit, dass sich JETZT etwas ändert! Finanzkrise, Klimakrise, Coronakrise - unsere Generation durchlebt aktuell nicht zum ersten Mal, dass die Welt, wie wir sie kennen, ins Wanken geraten kann. Schulalltag, Ausbildung oder das Studium - unser ganzes Leben hat sich verändert. Wir gestalten diese Veränderung mit und liefern uns ihr nicht einfach aus.

Demokratie heißt Mitbestimmung!  
Als Gewerkschafter\_innen wissen wir, wie wir miteinander solidarisch leben, lernen, studieren und arbeiten wollen. Doch ohne die passende Grundlage geht das nicht. Die Politik muss Rahmenbedingungen herstellen. Deshalb stellen wir Forderungen an die Politik und erwarten, dass diese auch umgesetzt werden. Wie die Parteien zu unseren Forderungen stehen, haben wir für Euch abgeglichen.

# Klimakrise heißt Gerechtig- keitskrise!



Quelle: Last Week Tonight with John Oliver / jlojlo.com

## PRESS START für die sozial-ökologische Wende

Klimakrise heißt Gerechtigkeitskrise!  
Der Klimawandel beeinflusst alle Bereiche des  
Lebens. Um ihn einzudämmen, brauchen wir  
eine sozial-ökologische Transformation mit  
internationalem Blick und Sanktionsmöglich-  
keiten für Bremser\_innen. Zur Durchsetzung  
einer wirklich gerechten Wende muss die

Mitbestimmung in den Betrieben gestärkt wer-  
den. Gerecht heißt, niemanden zurückzulassen,  
aber auch diejenigen, die besonders von den  
bisherigen Verhältnissen profitieren, finanziell  
zur Verantwortung zu ziehen. Wir wollen eine  
Politik, die sich daran orientiert und nicht an  
den Interessen weniger. Wir brauchen Umver-  
teilung jetzt!

# Sozial-Ökologische Wende

& Ausbau des ÖPNV

## CDU/CSU

Die Union will Marktwirtschaft und nachhaltiges Wachstum stärken. Sie unterstützt den Green New Deal der EU und dessen Ziel einer nachhaltigeren und ökologischeren Gesellschaft.

Die Unionsparteien wollen den Schienenverkehr stärken und den barrierearmen Zugang zum ÖPNV.

## Die Linke

Die Linke will einen sozialen und ökologischen Systemwechsel für eine klimagerechte Zukunft für alle, der die Gesellschaft durch eine starke öffentliche, soziale Infrastruktur krisenfester macht.

Die Linke will den öffentlichen Nahverkehr ausbauen, ein preiswertes 365-Tage-Ticket schaffen und den ÖPNV perspektivisch kostenlos machen.

## SPD

Die SPD will einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft, dessen Erfolg am Wohlergehen der Gesellschaft und der Natur gemessen wird. Dazu gehört gute, tarifgebundene Arbeit sowie die Beteiligung von Beschäftigten.

Die SPD will bis 2030 das modernste und klimafreundlichste Mobilitätssystem Europas schaffen, u.a. mit einem 365-Euro-Ticket.

## Die Grünen

Die Grünen wollen einen klimaneutralen Umbau der Wirtschaft. Es sollen neue sogenannte „Green Jobs“ entstehen, die gut bezahlt und tarifvertraglich organisiert sein sowie der betrieblichen Mitbestimmung unterliegen sollen.

Die Grünen wollen mehr Angebote und mehr Barrierefreiheit im Nahverkehr.

## FDP

Die FDP setzt auf mehr Wettbewerb und Markt, um den Klimawandel zu bewältigen.

Die FDP fordert die Privatisierung des Bahnverkehrs.

# Umverteilung & Steuerpolitik

## CDU/CSU

Die Union will Steuern für Unternehmen zugunsten der „Wettbewerbsfähigkeit“ senken. Sie will die Beteiligung der Arbeitnehmer\_innen am Unternehmenserfolg verbessern, sowie die Vermögensbildung stärken und vermögenswirksame Leistungen ausweiten.

## Die Linke

Die Linke will die Vermögenssteuer für Vermögen ab 1 Million Euro und eine Vermögensabgabe auf Nettovermögen von mehr als 2 Millionen Euro. Die Erbschaftssteuer soll reformiert und die Finanztransaktionssteuer sowie höhere Unternehmenssteuern eingeführt werden.

## SPD

Die SPD will kleine und mittlere Einkommen besserstellen und im Gegenzug die Vermögenssteuer wieder einführen. Eine Erbschaftssteuerreform und die Finanztransaktionssteuer stehen auf dem Programm.

## Die Grünen

Die Grünen wollen kleine und mittlere Einkommen entlasten, einen höheren Spitzensteuersatz und höhere Steuern auf Gewinne aus Kapitalerträgen. Eine Steuer auf Vermögen oberhalb von 2 Millionen Euro ist geplant.

## FDP

Die FDP will den Steuersatz für Unternehmen senken. Sie lehnt umverteilende Steuern auf Vermögen und Erbe ab.

# Ausbildung ohne Warteschleife!

Quelle: Future Generations / giphy.com



## PRESS START für Azubis

Bereits vor der Krise haben nur noch weniger als 20 Prozent aller Betriebe ausgebildet. Mit Corona ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge auf ein gefährliches Rekordtief gesunken. Wir brauchen eine Ausbildungsgarantie, deren Kosten solidarisch auf alle Unternehmen verteilt werden. Wir sagen: Fachkräfte ausbilden oder Profite abdrücken! Außerdem brauchen wir Übernahmeperspektiven, die rechtzeitig bekannt gegeben werden. Berufsschulen müssen endlich modernisiert und für die Ausbildung 4.0 fit gemacht werden.

Und es braucht Schutz- und Qualitätsstandards für alle. Deshalb ist es höchste Zeit, dual Studierende im Betrieb den Auszubildenden in Gesetz und Tarif gleichzustellen.



# Ausbildung 4.0

## CDU/CSU

Grundsätzlich wird festgehalten, dass berufliche und akademische Bildung gleichwertig seien und deshalb mehr Gewicht auf die Ausbildung gelegt werden soll.

## Die Linke

Die Linke will Investitionen an Berufsschulen sicherstellen.

## SPD

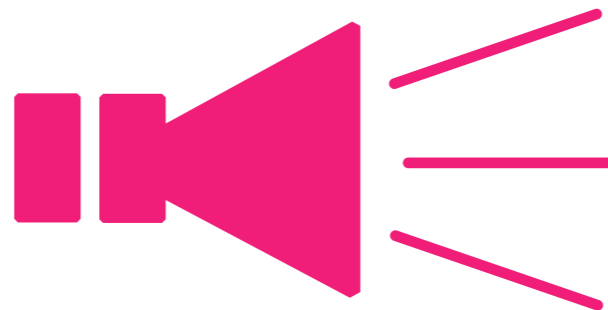
Die SPD will Berufsschulen stärken, modernisieren und den Lehrkräfte-Nachwuchs sichern.

## FDP

Die FDP will ein Zentrum für digitale Ausbildung schaffen und Berufsschulen bei der Umsetzung digitaler Ausbildungsangebote unterstützen.

## Die Grünen

Die Grünen wollen gut ausgestattete Berufsschulen.



# Fachkräfte ausbilden oder Profite abdrücken!



# Umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie

## CDU/CSU

Im Programm der Unionsparteien findet sich weder Ausbildungsgarantie noch Ausbildungsumlage.

## SPD

Die SPD möchte eine Ausbildungsgarantie mit branchenbezogener Umlagefinanzierung umsetzen.

## Die Grünen

Die Grünen möchten eine Ausbildungsgarantie umsetzen, die durch umlagefinanzierte, branchenübergreifende Fonds finanziert wird.

## Die Linke

Die Linke will eine solidarische Ausbildungsumlage, die für ausreichend duale Ausbildungsplätze sorgt.

## FDP

Außerbetriebliche Ausbildungsangebote in Regionen mit erheblicher Unterversorgung sollen gestärkt werden.

# Duales Studium

Dual Studierende endlich gesetzlich im Betrieb gleichstellen!

## CDU/CSU

Die CDU will duale Studiengänge ausbauen. Dass es dafür auch gesetzliche Regelungen und Schutz-Standards für dual Studierende geben soll, wird nicht gefordert. Die CDU hat bereits bei der Reform des Berufsbildungsgesetzes in aktueller Koalition verhindert, dass das duale Studium gesetzlich geregelt wird.

## SPD

Die SPD will das duale Studium weiter fördern. Im Wahlprogramm steht nicht explizit, dass es gesetzlich geregelt werden muss, allerdings hat die SPD dies bei der Reform des Berufsbildungsgesetzes gefordert.

## Die Grünen

Das duale Studium wird im Wahlprogramm nicht erwähnt.

## FDP

Die FDP hat keine Forderung zur gesetzlichen Regelung des dualen Studiums im Wahlprogramm.

## Die Linke

Die Linke fordert die öffentlich-rechtlich Akkreditierung des dualen Studiums, den Zugang ohne Abitur und dass es zu gleichwertigen Abschlüssen führen muss. Dual Studierende sollen einen Ausbildungsvertrag mit einer Mindestvergütung bekommen.



# Fest angestellt? Na sichi!



Quelle: ewanjonesmorriss / giphy.com

## PRESS START für junge Beschäftigte

2020 waren etwa drei Millionen Jobs befristet. Knapp zwei Millionen davon sachgrundlos. Die Anzahl der sachgrundlos Befristeten hat sich damit seit 2001 verdreifacht. Deshalb fordern wir die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung und die Abschaffung ungerechter Sachgründe für die Befristung.

# Abschaffung sachgrundloser Befristungen

## CDU/CSU

Die Union möchte die sachgrundlose Befristung weiterhin als Ausnahme beibehalten.

## SPD

Die SPD will die sachgrundlose Befristung abschaffen und gesetzlich akzeptierte Gründe für Befristung kritisch überprüfen.

## Die Grünen

Die Grünen wollen die Abschaffung sachgrundloser Befristung.

## Die Linke

Die Linke will die Abschaffung von sachgrundlosen Befristungen.

## FDP

Im Wahlprogramm der FDP findet sich nichts zur sachgrundlosen Befristung.





# Weniger Work, mehr Life!

Perspektivisch muss Vollzeit deutlich unter 35 Stunden pro Woche liegen. Außerdem wollen wir von uns selbst bestimmbare Lebens-Langzeit-Arbeitszeitkonten, mit denen wir auf unsere individuellen Lebensphasen und Bedürfnisse eingehen können: egal ob Zeit für Weiterbildung, Familie, Kindererziehung, Pflege oder einen gestaffelten Ausstieg aus dem Berufsleben im Alter.



Quelle: photobucket.com / giphy.com

## Reduzierung der Höchststarbeitszeit

### CDU/CSU

Eine Verringerung der Höchst- arbeitszeit sieht die Union nicht vor.

Anstelle der täglichen Höchst- arbeitszeit soll eine wöchent- liche Höchststarbeitszeit treten, somit soll das Arbeitszeitgesetz aufgeweicht werden.

### SPD

Die SPD will auf keinen Fall eine Verlängerung der täg- lichen Höchststarbeitszeit. Sie will die Gewerkschaften dort unterstützen, wo sie Arbeits- zeitverkürzungen fordern.

### Die Linke

Die Linke will eine gesetzliche Höchststarbeitszeit von maximal 40 Stunden/Woche und die Umverteilung von Arbeitszeiten, sodass das Normalarbeitsver- hältnis die 30-Stunden-Woche wird.

### Die Grünen

Die Grünen wollen die Höchst- arbeitszeit in der Pflege auf 35h/Woche verringern, Umge- staltung der Vollzeit in eine Wahlarbeitszeit zwischen 30 und 40 Stunden bei flexiblen Arbeitszeitkorridor.

### FDP

Im Wahlprogramm der FDP findet sich keine Forderung zur Reduktion der Höchststarbeits- zeit.



# BAföG trifft Real Life!



Quelle: Portlandia / giphy.com

## PRESS START für Studierende

Gerade mal 11 Prozent aller Studierenden bekommen noch BAföG. Und selbst wer Anspruch auf den Höchstsatz von 861 Euro hat, kann damit in Studi-Städten selten das Leben finanzieren.

Wir fordern: Passt das BAföG endlich an das reale Leben an und sorgt für mehr Bildungsgerechtigkeit! Der Fördersatz muss an den realen Bedarf angepasst werden, mehr Studierende müssen Anspruch auf BAföG haben und die Höchstdauer der Förderung muss angehoben werden.

## BAföG

### CDU/CSU

Die Union will das BAföG zu einem Instrument der individuellen Förderung des Lebensunterhalts von Bildung und Weiterbildung im Lebensverlauf weiterentwickeln.

### Die Linke

Die Linke will ein elternunabhängiges, altersunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.200 Euro mit längerer Bezugsdauer.

### SPD

Die SPD möchte die Förderansprüche des BAföG ausbauen und zum Vollzuschuss zurückkehren. Altersgrenzen sollen aufgehoben und ein Neustart-BAföG für Erwachsene eingeführt werden.

### FDP

Die FDP will einen monatlichen Sockelbetrag von 200 Euro. Ein anpassbares, zinsfreies, aber rückzahlbares Darlehen soll finanzielle Flexibilität sichern. Außerdem: Das „Midlife-BAföG“ von bis zu 1.000 Euro pro Jahr.

### Die Grünen

Die Grünen wollen das BAföG zu einer Grundsicherung für Studis & Azubis umbauen. Die Bildungsfinanzierung soll eltern- und altersunabhängiger werden.



Quelle: Maru / gifhy.com

# Game over, Quadratmeter- Tetris!

## PRESS START für bezahlbares Wohnen

Eine Bude, die man bezahlen kann, ist ein absolutes Muss. Die Politik muss jetzt verstärkt regulierend auf dem Wohnungsmarkt eingreifen.

Wir fordern bezahlbare Azubi- und Studierendenwohnheime, eine Stärkung des sozialen Wohnungsbaus, einen Mietstopp und die Stärkung der Mietpreislöscher. Bodenspekulation muss verhindert werden.

# Mietenstopp & Mietpreisbremse

## CDU/CSU

CDU und CSU wollen keinen Mietenstopp.

## Die Linke

Die Linke will Mieten mit harten Obergrenzen deckeln.

## FDP

Die FDP will die Mietpreisbremse abschaffen und einen bundesweiten Mietendeckel verhindern.

## SPD

Die SPD will ein zeitlich befristetes Mietmoratorium. Außerdem will die SPD die Mietpreisbremse entfristen und die Bedeutung des Mietenspiegels stärken.

## Die Grünen

Die Grünen wollen eine Mietobergrenze einführen, die Mietpreisbremse entfristen und nachschärfen, und den Mietspiegel rechtssicher ausgestalten.

# Sozialer Wohnungsbau

& Bodenspekulation verhindern

## CDU/CSU

Die Union will bis 2025 2,5 Millionen neue Wohnungen bauen und den sozialen Wohnungsbau fördern.

Zur Verhinderung von Bodenspekulation findet sich nichts im Wahlprogramm.

## Die Linke

Die Linke will ein Sonderprogramm für den Neubau von Wohnheimplätzen für Studis. Pro Jahr sollen außerdem mindestens 250.000 bezahlbare Wohnungen gebaut & bestehende Wohnungen rekommunalisiert werden.

Und: Bodenpreise deckeln und Privatisierung öffentlicher Grundstücke mit einem Bodensicherungsgesetz ausschließen.

## SPD

Die SPD will jährlich 100.000 Wohnungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus schaffen.

Bund, Länder und Kommunen sollen öffentliches Eigentum an Grundstücken sichern und vermehren, um die Spekulation mit Grund und Boden zu stoppen.

## Die Grünen

Die Grünen wollen den sozialen Wohnungsbau stärken.

Die Grünen wollen die Spekulation mit Bauland unterbinden und erreichen, dass die öffentliche Hand eine strategische Bodenpolitik betreibt.

## FDP

Die FDP will die Berechtigung zum Bezug einer Sozialwohnung erst ausstellen, wenn Mieter\_innen trotz Wohngeld keine bezahlbare Wohnung finden.



# Bunt, stark, antifaschistisch!



Quelle: boomunderground / giphy.com

## PRESS START für Solidarität

Wenn wir zusammenhalten, können wir alles erreichen! In Betriebs- und Personalräten, Jugend- und Auszubildendenvertretungen, in unseren Hochschulgremien, in der Gewerkschaftsjugend leben wir es schon lange vor: Demokratie braucht Mitbestimmung!

Dabei lassen wir uns nicht auseinanderdividieren oder spalten. Solidarität ist unteilbar. Unsere gemeinsame Organisierung für unsere Interessen macht uns stark. Konflikte bestehen zwischen oben und unten. Für das Engagement in der Gewerkschaftsjugend spielen Herkunft, Geschlecht und sexuelle Orientierung keine Rolle.



# Mitbestimmung im Betrieb

## CDU/CSU

Die Union sieht die Tarifpartner in der Pflicht, für gute Löhne und Arbeitsbedingungen zu sorgen. Außerdem soll auch in einer digitalen Arbeitswelt die Mitbestimmungskultur erhalten bleiben.

## Die Linke

Die Linke will die Mitbestimmungsrechte von Betriebs- und Personalräten stärken, etwa bei der Schließung oder Verlagerung von Standorten, der Personalbemessung oder der Prävention von Belastungen.

## SPD

Die SPD möchte Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten stärken, ihren Kündigungsschutz ausweiten und eine Behinderung von Betriebsratsarbeit stärker verfolgen. Für JAVen (Jugend- und Auszubildendenvertretungen) will sie Mitbestimmungsmöglichkeiten verbessern und deren Gründung erleichtern.

## FDP

Im Wahlprogramm der FDP findet sich nichts zur Mitbestimmung oder zu Betriebsräten.

## Die Grünen

Die Grünen wollen die Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten, Personalräten und JAVen ausbauen und betriebliche Interessensvertretungen besser schützen.

# Gegen Rassismus & Diskriminierung

## CDU/CSU

Die Unionsparteien positionieren sich gegen jede Form von Extremismus und Rassismus und sehen im Rechtsextremismus die größte Bedrohung für die offene Gesellschaft und die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

## Die Linke

Die Linke will mehr Engagement für demokratische, antifaschistische Kultur. Sie will Diskriminierungen jeglicher Art auch mit einem Bundesantidiskriminierungsgesetz bekämpfen.

## SPD

Die SPD positioniert sich gegen jede Form von Diskriminierung.

In diesem Zusammenhang will sie ein Demokratiefördergesetz, um Vereine, Projekte und Initiativen langfristig zu fördern.

## FDP

Die FDP sieht die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus als besondere Herausforderung. Sie positioniert sich gegen Diskriminierung.

## Die Grünen

Die Grünen positionieren sich gegen Rassismus und jegliche Form der Diskriminierung. Sie wollen mit einem Demokratiefördergesetz die zivilgesellschaftliche Anti-Diskriminierungsarbeit stärken.

Dafür wollen auch die Grünen ein Demokratiefördergesetz einführen.

# Kein Platz für Rassismus & Diskriminierung

Mit der AfD tritt zur Bundestagswahl eine Partei an, „die eine mit der extremen Rechten eng verwobene Rechtsaußenpartei mit rechts-populistischer Agitationsweise ist“.<sup>1</sup> Ihre rassistischen und neoliberalen Positionen stehen für all das, was wir als engagierte Gewerkschafter\_innen ablehnen.

Die AfD hat keine Antworten auf soziale Probleme. Sie propagiert die ungehemmte freie Marktwirtschaft. Es werden keinerlei gesetzliche oder politische Maßnahmen für die Stärkung der Tarifbindung oder Mitbestimmung angekündigt; wohnungspolitische Forderungen, etwa nach einer Mietpreisbremse, empfindet die AfD als staatliche Überregulierung. Sie

nutzt Abstiegsängste und soziale Problemlagen, um Hass gegen Migrant\_innen, Geflüchtete und Demokrat\_innen zu schüren. Für uns ist klar, dass wir uns im Betrieb, in Dienststellen und auf der Straße gegen Rassismus, Nationalismus und für ein solidarisches und respektvolles Miteinander einsetzen!

<sup>1</sup> siehe: DGB-Bundesvorstand (Hg.), Alexander Häusler, Rainer Roesner (Verfasser): „Die AfD vor der Bundestagswahl 2021“, Berlin, Juli 2021 (ab KW 33 online <https://www.dgb.de/bundestagswahl-2021>)



Bild: Gif Maker / giphy.com

## Klima

Die AfD glaubt nicht an den menschengemachten Klimawandel und fordert den Austritt Deutschlands aus sämtlichen Klimaschutz-Organisationen.

## Gesellschaft

Die AfD lehnt Antidiskriminierungsgesetze ab, dämonisiert Migration und spricht sich gegen sogenannten „Genderwahn“ aus.

## Ausbildung

Die AfD will zwar die berufliche Ausbildung stärken, bietet in ihrem Wahlprogramm hierzu jedoch keine Vorschläge an.

## Arbeit

Die AfD will weder die Höchst-arbeitszeit reduzieren, noch sachgrundlose Befristungen abschaffen oder Lebens-Langzeit-Arbeitszeitkonten einführen.

## Wohnen

Die AfD will das Baurecht deregulieren und Wohnungen des öffentlichen Bestands verkaufen.

## Bafög

Beim BAföG sieht die AfD keinen Handlungs- oder Reformbedarf.





# Materialien zur Bundestagswahl

Weitere Infos und Materialien zur Bundestagswahl und der Forderungen der Gewerkschaftsjugend findet ihr bei eurer Gewerkschaftsjugend vor Ort und hier:

[jugend.dgb.de/press-start](http://jugend.dgb.de/press-start) und auf den Social Media Kanälen der DGB-Jugend:

[instagram.com/dgbjugend](https://www.instagram.com/dgbjugend)

[facebook.com/jugend.im.dgb](https://www.facebook.com/jugend.im.dgb)



## Forderungsmagazin

Unsere Forderungen, aufbereitet mit Zahlen, Fakten und Hintergrundinformationen.

## Forderungsflyer

Auf einen Blick: Unsere Forderungen kurz und knapp.

## Meme-Generator

PRESS START für dein Sharepic: Zeig der Welt, was du von der Politik erwartest, was dich bewegt!

## Aktionshandbuch für Aktive

Selbst aktiv werden? Easy. Aktionsideen und praktische Hinweise für dein Engagement vor Ort.

## Bildungsbausteine

Modular-Superstar: Informieren, diskutieren, aktivieren – passgenau nach deinen Bedürfnissen.

## Gimmicks

Tattoo-Bögen, Sticker, Plakate, Buzzer, Sprüh-Vorlagen – all das gibt es bei der Gewerkschaftsjugend vor Ort.

## Social Media

Regelmäßiges Quiz, Videos von und mit Kolleg\_innen und unsere Forderungen verpackt in coolen Stories – folge uns auf Social Media!



# Deine Stimme zählt.

Am 26. September wählen gehen oder rechtzeitig die Briefwahl beantragen.

# Es geht um unser **JETZT!**

